

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

THINK TANK UPDATE
OKTOBER 2003

**Amerikas Sorge um internationalen Ruf, Election
2004, Wahlkampffinanzierung, Iraks Souveränität,
Amtszeitbegrenzung für Politiker, Migration,
Frieden für Kolumbien**

Franz-Josef Reuter
Kristin Vorpahl
Caroline Kanter

Washington am 22. Oktober 2003

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Amerikas Sorge um internationalen Ruf, Election 2004, Wahlkampffinanzierung, Iraks Souveränität, Amtszeitbegrenzung für Politiker, Migration, Frieden für Kolumbien

Schon länger mahnen Experten die amerikanische Regierung, sich international „diplomatischer“ zu verhalten. Jetzt will die Regierung sich darum bemühen, den Ruf Amerikas weltweit zu verbessern. Das kalifornische Abwahl-Spektakel hat sowohl den Weg geebnet für eine erneute Diskussion zu Wahlkampffinanzierung, als auch für die Frage, wie sich die Macht von Politikern zeitlich begrenzen lässt, geführt. Die Think Tank Updates der kommenden Monate werden den Wahlkampf 2004 mitverfolgen und die jeweils aktuellen Umfrageergebnisse sowie Spendenstatistiken aufführen. Außerdem: Wie Irak auf schnellem und stabilem Weg in die Souveränität eintreten kann; Amerikaner wiegen zu viel; der Friedensprozess in Kolumbien. Bei den Think Tanks gab es Neugründungen, Jubiläen, Neueröffnungen und personelle Veränderungen.

Amerika soll besser mit der Welt kommunizieren

“Speak softly and carry a big stick”, mahnte Präsident **Theodore Roosevelt** einst seine Diplomaten. Heute, ein Jahrhundert später, machen sich außenpolitische Experten Gedanken, warum die Roosevelt'sche Strategie weltweit auf wenig Gegenliebe stößt. Sie sprechen vom angeschlagenen Image der Supermacht, von internationalem Antiamerikanismus. Amerikaner verstehen den Irakkrieg als Befreiungskrieg, geführt im Namen des irakischen Volkes. Außerhalb Amerikas hat die Bezeichnung „Besetzungskrieg“ Vorrang. In den vergangenen vier Monaten haben das **Pew Research Center for the People**, der **Council on Foreign Relations** und ein von Außenminister **Colin Powell** organisiertes Forum, die **Advisory Group on Public Diplomacy for the Arab and Muslim World** jeweils Studien zu diesem Widerspruch herausgegeben.

Schon vor der Sommerpause hatte das Pew Center 16.000 Menschen in 20 Ländern nach ihrer Meinung zu Amerika befragt. Ein Vergleich mit früheren (Vorkriegs-)Umfragen ergab, dass Osama bin Laden in der muslimischen Welt weit mehr Rückhalt hat als George Bush. Die Unterstützung der Europäer für Amerika war ebenfalls dramatisch gesunken, wie die Studie „Views of a Changing World June 2003“ zeigt, die im **Pew Global Attitudes Project** unter der Federführung von **Madeleine Albright** entstanden ist (<http://people-press.org/reports/pdf/185.pdf>).

In der Studie „Changing Minds/Winning Peace“ der Advisory Group heißt es: „Die Feindschaft gegenüber Amerika ist schockierend“; die Bush-Administration muss einen „dramatischen Wandel in ihrer Diplomatie herbeiführen“ (<http://www.usembassy.it/pdf/other/changing.pdf>). Die unabhängige **CFR-Task Force**

on Public Diplomacy, die sich nach "9/11" zusammengefunden hatte, verlangt nach einer "Corporation for Public Diplomacy", um Amerikas internationales Ansehen zu verbessern. Unter dem Titel "Finding America's Voice: A Strategy for Reinvigorating U.S. Public Diplomacy" (http://www.cfr.org/pdf/public_diplomacy.pdf) heißt es: „Wirklicher Fortschritt wird ausbleiben, solange die Administration die Prozedere ihrer Außenpolitik nicht grundlegend ändert und diese Änderungen auch kommuniziert.“ Maßnahmen, die die Task Force in ihrem neuen Bericht vorschlägt, reichen von Austauschprogrammen über Bibliotheken und Informationszentren zu mehr Diplomaten, die arabisch sprechen – **Joseph Nye**, Dekan von **Harvards Kennedy School of Governance**, nennt das „Soft Power“. Das Weiße Haus sollte außerdem einen Direktor für Diplomatie ernennen. Das wäre nichts Neues: Einen Monat nach 9/11 hatte Präsident **George W. Bush** die Werbeexpertin **Charlotte Beers** zur Undersecretary of State for Public Diplomacy ernannt und für die diplomatische Kommunikation verantwortlich gemacht. Nach 17 Monaten gab Beers den Versuch auf, Amerikas internationales Ansehen mit den so genannten „happy Muslim ads“ zu verbessern. In der Quintessenz verlangen die drei Studien, dass Amerika verstehen müsse, woher diese Feindlichkeit kommt, um ihr entgegenzutreten zu können.

Auch im Inland muss sich die Washingtoner Regierung um ihren Ruf sorgen. Einer *New York Times/CBS News*-Umfrage von Anfang Oktober zufolge sind nur noch 44 Prozent der Amerikaner mit Präsident George Bush zufrieden.

Election 2004

Je mehr Geld in Wahlkämpfe fließt, desto besser für die Demokratie; Spendenstatistiken und Umfragewerte

Der Titel von **Greg Palasts** neuem Buch – „The Best Democracy Money Can Buy“ ist als Zitat kaum noch aus der Diskussion zur amerikanischen Wahlkampffinanzierung wegzudenken. Hier in Amerika, wo schon die Kampagne für die Bürgermeisterwahl einer mittleren Großstadt gute \$ 20 Millionen verschlingen kann, lässt die Wahlkampffinanzierung auf den ersten Blick kaum Vorteile für die Demokratie erkennen. Kritiker glauben, die Wähler würden sich von der Politik abwenden, weil sie fühlten, dass sie mit ihrer Stimme gegen milliardenschwere Lobbygruppen sowieso nichts ausrichten könnten. **John Coleman**, Politikprofessor an der **University of Wisconsin** kommt zu einem anderen Ergebnis. In einer neuen **CATO**-Studie schreibt er, dass die hohen Wahlkampfausgaben im Gegenteil

Wählervertrauen, Effizienz und Partizipation erhöhen. Außerdem führten die Ausgaben dazu, dass die Öffentlichkeit die Kandidaten dadurch besser kennen lernen würde. Colemans Ergebnis: „Je mehr Geld in die Wahlkampagnen fließt, desto besser dürfte dies für die amerikanische Demokratie insgesamt“ (<http://www.cato.org/pubs/briefs/bp84.pdf>).

Die Unterstützer des demokratischen Präsidentschaftskandidaten dürften zustimmen. **Howard Dean**, der frühere Gouverneur Vermonts, hat im letzten Quartal weit mehr Spendengelder eingenommen, als seine Konkurrenten: fast \$ 15 Millionen. Deans Spender sind keine „fat cats“, wie kapitalschwere Machtjongleure im Jargon der amerikanischen Politik heißen. Deans Unterstützer geben selten mehr als \$ 50 bis 200, aber sie haben der Grasswurzeldemokratie ein neues Gesicht verliehen und werden täglich zahlreicher. Alle anderen Kandidaten mussten lernen: 100 mal \$ 50 sind zwar genauso viel wie 5 mal \$1000, aber im Wettlauf um Wählerstimmen zählen 100 Anhänger mehr als 5. Senator **John Kerry** aus Massachusetts hat seit August \$ 4 Millionen an Wahlkampfspenden erhalten; Neueinsteiger General **Wesley Clark** hat in nur zwei Wochen \$ 3,5 Millionen eingenommen. **Richard Gephardt**, Abgeordneter aus Missouri, hat \$ 3,8 Millionen eingenommen; es folgen Senator **Joseph Lieberman** aus Connecticut mit \$ 3,6 Millionen, Senator **John Edwards** aus North Carolina mit \$ 2,6 Millionen und der Abgeordnete **Dennis Kucinich** aus Ohio mit \$ 1,7 Millionen. **Carol Moseley Brown** und der Prediger **Al Sharpton** liegen im Spendenfeld mit \$ 125.000 bzw. \$ 121.000 in den letzten drei Monaten weit zurück. Nur einer ist im Rennen um Spendengelder ohne Konkurrenz: der amtierende Präsident **George Bush**. Ihm stehen schon jetzt \$ 83,9 Millionen auf seinem Spendenkonto. Zwar entfernen sich die demokratischen Wettbewerber in ihren Einnahmen allmählich voneinander, doch in den Umfragen, wie zuletzt Mitte Oktober, bleiben sie dicht beieinander. Von *CNN/USA Today/Gallup Poll* gefragt, wem sie ihre Stimme in der Primary – der Wahl, die den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten bestimmt – geben würden, nannten 13 Prozent General Clark, 12 Prozent Howard Dean, 11 Prozent Joe Lieberman, 10 Prozent John Kerry, 9 Prozent Richard Gephardt, je 3 Prozent John Edwards und Carol Moseley Braun sowie je 2 Prozent Al Sharpton und Dennis Kucinich. Bob Graham hat sich vor zwei Wochen von dem Rennen verabschiedet und seine Kandidatur zurückgezogen. Mehr als 35

Prozent der Befragten waren noch unentschieden oder für keinen der Kandidaten (<http://www.pollingreport.com/wh04dem.htm>).

Iraks Weg in die Souveränität

Wie muss „The Right Road to Sovereignty in Iraq“ beschaffen sein? In ihrem neuen Policy Brief für **Carnegie Endowment for International Peace** machen **Marina Ottaway** und **Thomas Carothers** der Bush-Regierung einen Vorschlag, der sich mit dem Drängen der **Bush-Regierung** auf irakische Wahlen im nächsten Jahr deckt. Die Autoren, beide forschen im **Democracy and Rule of Law Project von Carnegie**, warnen zwar, dass die Wahlen viel zu früh angesetzt seien und das dies in einer Post-Konfliktsituation schnell zu instabilen Wahlergebnissen und der Wiederbelebung radikaler Gruppen führen könnte. Doch gäbe es keine Möglichkeit, die Wahlen zeitlich nach hinten zu verschieben. Schließlich habe die amerikanische Regierung *elections* zur Voraussetzung für irakische Souveränität gemacht. Die Lösung: Die Verfassung, an der momentan geschrieben wird, müsse von vorneherein als vorläufige Verfassung verstanden werden. So gäbe sie den Rahmen für die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung und die Übergangsregierung vor – Institutionen, aus denen sich dann stabile politische Institutionen entwickeln könnten (http://www.ceip.org/files/publications/documents/Policybrief27_000.pdf).

Das Für und Wider von Amtszeitbegrenzungen für Politiker

Die Begrenzung der Amtszeit für Politiker gehört zu Amerikas „ewigen“ Themen. Die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Wahlperioden geht auf **George Washington** zurück. Diese zeitliche Begrenzung stand nie in einem Gesetz, sondern hatte sich über die Tradition in eine Art Gewohnheitsrecht gewandelt. Nach 142 Jahren war **Franklin D. Roosevelt** der erste Präsident der USA, der mit dieser Tradition brach und sich so eine Amtszeit von 12 Jahren – 1933 bis 1945 – ermöglichte. Im Februar 1951 verabschiedete der amerikanische Kongress das 22. Amendment zur Verfassung, das die Dauer der Amtszeit auf zwei Wahlperioden fest schrieb. Zuletzt hatte sich Präsident **Bill Clinton** für eine Aufweichung dieses Amendments ausgesprochen. Dass Clinton mit seiner Meinung nicht allein ist, lässt sich in einer neuen CATO Policy Analyse „Defining Democracy Down. Explaining the Campaign to Repeal Term Limits“ von **Patrick Basham** nachlesen. Basham, der am **Center for Representative Government des CATO Instituts** forscht, analysiert die

Für und Wider von Fristen für politische Posten und kommt zu dem Schluss, dass „viel auf dem Spiel steht“. Ohne Amtszeitbegrenzung riskiert die politische Infrastruktur eines Staates Stagnation. Amtszeitbegrenzungen lassen den Steuerzahler auf ein Ende endloser Ausgaben und Besteuerung hoffen“ (<http://www.cato.org/pubs/pas/pa490.pdf>).

Supreme Court Entscheidungen und Politik

Der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat mit vielen seiner Urteile die Politik des Landes bestimmt. Alljährlich gibt das **CATO Institute** den „CATO Supreme Court Review“ zu den wichtigsten Entscheidungen des obersten Gerichtshofs, geordnet nach Verfassungsartikeln, heraus. In der 2002-2003 Ausgabe analysieren Experten vor allem Entscheidungen zu *Affirmative Action* – ein Mitte der 60er Jahre verabschiedetes Regierungsprogramm, das über eine aktive Gleichberechtigungspolitik die Benachteiligung oder Diskriminierung von Minderheiten und Frauen in Ausbildung und Beruf abbauen soll –, Pressefreiheit, Wahlkampffinanzierung, Eigentumsrechte, Föderalismus und intellektuelles Eigentum.

Mitsprachrechte für Nonprofit-Organisationen

So wenig Staat wie möglich lautet eine Devise der amerikanischen Neo-Konservativen. Doch Staatsaufgaben können auch in Amerika nicht einfach unerfüllt bleiben und so hat sich seit der Zeit der letzten großen Staatsverfechter im Weißen Haus, **Franklin D. Roosevelt**, **John F. Kennedy** und **Lyndon B. Johnson**, ein dichtes Netz von Nonprofit-Organisationen entwickelt. Diese Organisationen sind in vielen Bereichen der amerikanischen Gesellschaft die einzigen Leistungserbringer und dennoch müssen sie mit einem Widerspruch leben, der ihre Arbeit mitunter fast unmöglich macht: Laut Bundesgesetz dürfen sie nicht als Lobbyisten im Gesetzgebungsprozess auftreten. Nun haben die Schwächsten der Gesellschaft, denen viele Nonprofits ihre Dienste zur Verfügung stellen, ohnehin schon keine besonders laute Stimme, wenn es um ihre Interessen geht. Diesen Widerspruch zwischen immer größer werdenden Aufgaben einerseits und Interessenvertretung andererseits gilt es nach Meinung von **Jeffrey Berry**, Politikprofessor bei **Tufts**, und **David Arons**, stellvertretender Direktor von **Charity Lobbying in the Public Interest**, aufzulösen. Für die **Brookings Institution** schreiben sie in ihrem neuen

Buch „A Voice for Nonprofits“, dass Verantwortung und politischer Einfluss parallel zueinander wachsen müssten.

Zu wenige Hausaufgaben für Amerikas Schüler?

Was die Pisa-Studie für den deutschen Schul- und Politikalltag darstellt, scheint eine neue „Hausaufgabenstudie“ der **RAND Corporation** und des **Brown Center on Education Policy der Brookings Institution** für Amerikas Schüler, Lehrer, Eltern und Politiker zu sein. Der Studie zufolge verbringen amerikanische Kinder weniger als eine Stunde mit Hausaufgaben. Im internationalen Vergleich liegen die USA damit am untersten Ende. Das Brown Center hatte die Studie begonnen, nachdem 2001 viele Zeitungen und Magazine Reportagen über Kinder veröffentlicht hatten, die mit der Schularbeit im Elternhaus geradezu überlastet sind. Mit der Menge und der Qualität der Hausaufgaben steht und fällt dem Report zufolge die akademische Qualität der Schüler – mit den entsprechenden Langzeitwirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft (<http://www.brookings.edu/gs/brown/20031001.pdf>). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen **Brian Gill**, Sozialwissenschaftler bei der **RAND Corporation** und **Steven Schlossman**, Geschichtsprofessor der **Carnegie Mellon University**. In einem geschichtlichen Rückblick zeigen sie, dass Weiterlernen und Vertiefen des Unterrichtsstoffs in den USA nie ein „goldenes Zeitalter“ hatten. Nur einmal, kurz nach dem „Sputnik-Shock“ von 1957, als die Sowjetunion das erste von Menschenhand hergestellte Objekt ins All schoss, machten amerikanischen Gymnasialschüler mehr Hausaufgaben.

Amerikas Städte: Rezessionssichere Regierungshauptstadt; Urbanisierung und Suburbanisierung durch Migration

Die amerikanische Hauptstadt Washington gilt als rezessionssicher. Warum das so ist, hat **Stephen Fuller**, Professor der **George Mason University** und Gast-Forscher im **Greater Washington Research Programm der Brookings Institution** jetzt analysiert. Unter dem Titel „Federal Spending, Especially on Security, Kept Washington Economy Growing in 2002“ schreibt Fuller: “Die Ausgaben der Regierung im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Terrorismus haben die Washington-Region vor dem nationalen wirtschaftlichen Stillstand in 2002 bewahrt” (<http://www.brookings.edu/ES/urban/gwrp/Publinks/2003/fedspending.pdf>).

Die neue Studien „Metropolitan Magnets for International and Domestic Migrants“ von **William Frey**, der im **Center for Urban and Metropolitan Policy der Brookings Institution** forscht, beschäftigt sich mit Migration in den USA. Ende der 1990er Jahre haben New York City, San Francisco, Chicago, Washington und Miami danach mehr als drei Millionen Immigranten angezogen und dennoch einen Netto-Bevölkerungsverlust von 2,1 Millionen erlebt – die eigenen Bürger seien in andere Teile der USA, besonders in den Südosten und den Südwesten, umgezogen. Außerdem verlören die Städte ihre Bürger, zu rund 70 Prozent Weiße, auch weiterhin in dramatischen Zahlen an nahe gelegene suburbane Regionen. Die Wiederbelegung der Städte erfolge mithin vorwiegend durch Einwanderer, womit sich amerikanischen Bevölkerungsgruppen in suburban und urban unterteilen ließen. (http://www.brookings.edu/dybdocroot/es/urban/publications/200310_Frey.pdf).

Gesellschaftsproblem Übergewicht

Übergewicht ist eines der größten Probleme Amerikas. Eine neue Studie der **RAND Corporation** spricht gar von einer „Epidemie der Fettleibigkeit“. Danach hat sich die Zahl der krankhaft übergewichtigen Amerikaner von 1 zu 200 im Jahr 1986 auf 50 zu 200 im Jahr 2000 erhöht. Normalerweise, so die Kritik der Studie, werde krankhaftes Übergewicht als gesellschaftlicher Faktor übergangen; das Augenmerk liege meist auf normalem Übergewicht. Bei derartigen Steigerungsraten ließen sich die Konsequenzen für das Gesundheitssystem nicht mehr unterschätzen. Krankenhäuser, Ärzte und Versicherer sollten sich, so meint der Autor der Studie, der Ökonom **Roland Sturm**, auf hohe Investitionen für die Behandlung stark übergewichtiger Patienten einrichten (<http://archinte.ama-assn.org/cgi/content/full/163/18/2146>).

Frieden für Kolumbien?

Etwa ein Jahr ist es her, dass der kolumbianische Präsident **Álvaro Uribe** sein Amt angetreten hat. Wie jeder Bewerber um dieses Amt versprach auch Uribe seinen Landsleuten, den Bürgerkrieg endlich zu beenden. Sein Vorgänger **Andrés Pastrana** hatte es mit Friedensverhandlungen versucht – und war damit gescheitert. Uribe wollte militärisch gegen die Guerilla vorgehen. Ende September hat das renommierte **Latin America Program des Woodrow Wilson Centers** (http://wwics.si.edu/./index.cfm?fuseaction=topics.home&topic_id=1425) eine

Konferenz zur aktuellen Situation in Kolumbien veranstaltet. **Caroline Moser** vom **Overseas Development Institute** in London sprach zu "The Social Costs of Conflict and Local Peace Initiatives" (<http://wwics.si.edu/news/docs/moser.doc>). **Rodrigo Pardo**, stellvertretender Direktor der Tageszeitung **El Tiempo** untersuchte das erste Jahr von Uribes Regierung – "Vuelve la esperanza: Balance y desafíos de la administración de Álvaro Uribe en su primer año!" (<http://wwics.si.edu/news/docs/pardo.doc>). Für die kolumbianische Regierung sprach der Hohe Kommissar für den Frieden, **Luis Carlos Restrepo Ramírez** über den „Paz en Colombia“ (<http://wwics.si.edu/news/docs/restrepo.doc>). **Juan Manuel Santos**, Präsident der **Fundación Buen Gobierno** legte die „Perspectivas de Paz Para Colombia“ dar (<http://wwics.si.edu/news/docs/santos.doc>).

What's New?

Neuer Think Tank der Demokraten – Center for American Progress

Think Tanks lassen oft eindeutig erkennen, ob sie den Demokraten oder den Republikanern nahe stehen. Zu intellektuellen Eliten spricht es sich am besten auf der eigenen Think Tank-Bühne – **Dick Cheney** geht zu **Heritage**; **Condoleezza Rice** spricht beim **Council on Foreign Relations** und Senator **John Kerry** (D-Mass) sinniert bei **Brookings**. Die Think Tank-Landschaft ist zweifellos vorwiegend konservativ geprägt. **RAND**, **Heritage**, **CATO** usw. verweisen kleine progressive Think Tanks auf die hinteren, weniger beachteten Plätze. Das wollen einflussreiche Demokraten nun ändern. Pläne für einen explizit demokratischen Think Tank schwirren schon lange in den Köpfen von **Hillary Clinton**, **Al Gore** und **John Podesta** herum – das Ideengebermonopol sollte wieder bei den Demokraten angesiedelt werden (siehe Think Tank Update März/April 2003). Im September öffnete das **Center for American Progress** seine Pforten in Washington. Zahlreich sind die Mitarbeiter noch nicht; hochkarätig allemal. John Podesta, **Bill Clintons** früherer *Chief of Staff*, ist Chef des Centers. Sein Ziel sei es, so Podesta, eine Organisation aufzubauen, die die eigentliche Idee des Liberalismus neu denke und der Konservativen etwas entgegensetzen könne. Wie genau das geschehen soll, ist noch unklar. In diesen Wochen dreht sich die Frage darum, ob alte Köpfe alte Ideen recyceln oder ob neue, junge Köpfe, ganz neue Ideen verbreiten sollten. Die Personalrekrutierung läuft auf Hochtouren. Auch eine erste Konferenz zu „New American Strategies for Security and Peace“ hat das Center for American Progress

gemeinsam mit dem Magazin **The American Prospect** und der **Century Foundation** für Ende Oktober schon einberufen. Die Sprecherliste – sie reicht von **Richard Holbrooke**, **Chuck Hagel** und **Wesley Clark** über **Joseph Wilson** und **Jessica Stern** zu **Zbigniew Brzezinski** und **James Steinberg** – ist Programm: „Die Sorge um die radikalen Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik“.

Zehnjähriges Jubiläum des James A. Baker III Institute for Public Policy

In den USA gibt es rund 2000 Think Tanks, deren Ziel es ist, die politische Agenda des Landes zu beeinflussen. Anfang Oktober feierte das **James A. Baker III Institute for Public Policy** sein 10-jähriges Bestehen. Das Institut ist bei der **Rice University** in Houston, Texas angesiedelt. Der Erfolg eines amerikanischen Think Tanks misst sich an dreierlei Maßstab: Geld, Gehör von den richtigen Leuten und bekannte Namen. Das Baker Institute hat seit seinem Bestehen etwa \$ 65 Millionen eingenommen, und findet besonders in Energiekreisen und bei Nahost-Experten Gehör. Die Liste internationaler Besucher reicht von **Helmut Kohl**, **Vladimir Putin**, **Nelson Mandela** und **Kofi Annan** über **Henry Kissinger** und **Yasser Arafat**. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterhält zum Baker Institute eine enge Partnerschaft. Bei einer gemeinsamen organisierten Veranstaltung am 1. Oktober 2003 in Houston verwiesen Altbundeskanzler **Dr. Helmut Kohl** und der ehemalige amerikanische Außenminister **James Baker** die große Bedeutung der transatlantischen Beziehungen zur Bewältigung weltweiter Herausforderungen. (für Einzelheiten zur Veranstaltung siehe http://www.kas.de/proj/home/events/1/1/veranstaltung_id-8492/index.html).

Dem Baker Institute fehlt es absichtlich an Schwerpunkten. Bislang können die Forscher in fast alle Richtungen schauen – vom Drogenkrieg zu Nanotechnologie, von chinesischer Kultur und Terrorismus zum Gesundheitssystem. Der frühere Außenminister **James A. Baker III**, der dem Institut mit seinem Namen Pate stand, sagt, dass das Institut nie einen einzigen Schwerpunkt haben sollte. Beachtlich ist, dass das Institut trotz anfänglicher Zweifel vieler Think Tank-Experten seinen Anspruch auf Unparteilichkeit durchsetzen konnte. Anders als beispielsweise die **Hoover Institution** der Stanford University, intellektuelle Heimat von Sicherheitsberaterin **Condoleezza Rice**, lässt sich trotz Bakers Verbindungen zur Republikanischen Partei nicht auf der konservativen Seite der Think-Tank-Landschaft verorten.

Tom Roemer wird neuer Direktor des Center for National Policy

Journalisten beschmunzeln Think Tanks mitunter gerne als Parkplätze für abgewähltes politisches Personal. Kommen die eigenen Leute wieder an die Macht, dann schwärmt das geparkte Think Tank-Personal wieder in die wirkliche Welt aus. Besonders gilt dies für Denkfabriken, die sich einer Partei ganz nahe fühlen. Das **Center for National Policy (CNP)** steht den Demokraten nahe. Seit einigen Tagen ist **Tim Roemer** neuer Präsident des kleinen Think Tanks. Roemer, Mitglied der **National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States** und früherer demokratischer Abgeordneter für Indiana, hat sich vorgenommen, der konservativen politischen Agenda Alternativen entgegenzusetzen. Roemer folgt **Maureen Steibrunner**, die dem CNP zehn Jahre lang vorstand. Auch **Madeleine Albright** hat schon auf dem Präsidentensessel des CNP gesessen.

Neues Forschungszentrum für Heimatschutz bei RAND

Die **RAND Corporation** tut es der Bush-Administration gleich und richtet ein eigens mit Heimatschutz befasstes Zentrum ein. Das **Homeland Security Center** soll die bestehende Forschung zum Schutz vor Terrorismus und anderen Sicherheitsrisiken koordinieren. Direktor des Centers ist **Jack Riley**, der seit 1999 bei RAND im Bereich Heimatschutz und Anti-Terrorismus forscht. Von 1995 bis 1999 hat sich Riley im Justizministerium mit Kriminalität, Drogenkontrollen, Immigrationskontrolle und Terrorismus befasst.

Eröffnung des Rand-Qatar Policy Institute

Nach langen Monaten der Vorbereitung hat das **RAND-Qatar Policy Institute** nun seine Türen in katarschen Hauptstadt Doha geöffnet. Dem Institute steht ein neunköpfiges Gremium beratend zur Seite. Dem Gremium sitzen die Vorsitzende der **Qatar Foundation**, **Ihre Hoheit Sheikha Mozah Bint Nasser Al-Misnad** und RAND Vizepräsident **Michael Rich** vor. Ziel des Centers ist es, eines der wichtigsten Forschungszentren der Region zu werden.

Robert Rubin neuer stellvertretender Vorsitzender des CFR; Kissinger Stipendium des CFR für Walter Russel Mead

Robert Rubin, Finanzminister unter Präsident **Bill Clinton**, wird dem **Council on Foreign Relations (CFR)** stellvertretend vorsitzen. Rubin, Direktor und Vorsitzender des Exekutivkomitees der **Citigroup**, folgt **William McDonough** in dieses Amt.

McDonough hatte den Posten vor kurzem aufgegeben, um Vorsitzender des **Public Company Accounting Oversight Board** werden zu können. Rubin ist bereits seit 2000 Mitglied des CFR-Aufsichtsrates. Sein neues Buch „In an Uncertain World: Tough Choices From Wall Street to Washington“ erscheint im November.

Der Titel **Kissinger Senior Fellow for U.S. Foreign Policy**, den der CFR vergibt, ist eine große Auszeichnung. In diesem Jahr geht er an **Walter Russel Mead**, einen der renommiertesten Kenner amerikanischer Geschichte und Außenpolitik. Mead forscht seit 1997 beim CFR. Sein Buch „Special Providence-American Foreign Policy and How It Changes the World“ gewann ihm kürzlich den begehrten Lionel Gelber Prize. Mead folgt **Charles Boyd** als Inhaber des Kissinger-Stipendiums. Für den CFR arbeitet Mead schon an einem Buch: „America’s Grand Strategy. Power, Terror, Peace, and War.“

Larry Thompson und David Sandalow gehen zur Brookings Institution

Larry Thompson, bis August 2003 noch Stellvertreter von Justizminister **John Ashcroft**, geht als Senior Fellow zum **Economic Studies and Governance Programm** der **Brookings Institution**. In der Bush-Administration hatte Thompson viel Respekt für seine Arbeit in der **Corporate Fraud Task Force** erhalten. Die Task Force war im Laufe des **Enron**-Betrugsskandals im Juli 2002 eingerichtet worden. Bei Brookings bleibt Thompson diesem Thema treu – sein Forschungsgebiet hier reicht von White-Collar-Kriminalität (Steuerhinterziehung, Bestechung, etc.) bis zur Terrorismus- und Drogenbekämpfung.

Als Gast-Forscher begrüßt das **Foreign Policy Studies Programm** der **Brookings Institution** den Vizepräsidenten des **World Wildlife Fund**, **David Sandalow**. Unter Präsident **Bill Clinton** diente Sandalow als stellvertretende Außenminister mit dem Portfolio für Ozeane, Umwelt und Wissenschaft; bei Brookings will er zu Umweltschutz und globalen Umweltthemen forschen.

Publizistik-Preis der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung für Johan Norberg

Wieder eine Auszeichnung für den aktuellen Superstar der Think Tank-Szene: **Johan Norberg** ist für sein viel gerühmtes Buch „In Defence of Global Capitalism“ (siehe Think Tank Update September 2003) mit dem **Publizistik-Preis der Friedrich-**

August-von-Hayek-Stiftung ausgezeichnet worden. In Washington schmückt sich das **CATO Institute** mit dem jungen Forscher aus Schweden.

Bibliographie

Patrick Basham, Defining Democracy Down. Explaining the Campaign to Repeal Term Limits, Cato Policy Analysis No. 490, Washington, DC, CATO Institute, 2003. Onlineversion: <http://www.cato.org/pubs/pas/pa490.pdf>.

Jeffrey Berry und David Arons, A Voice for Nonprofits, Washington, DC, Brookings Institution Press 2003, 224 S, \$ 26,95.

Brown Center on Education Policy und RAND Corporation, Do Students Have Too Much Homework?, Report on American Education, Washington, DC, 2003. Onlineversion: <http://www.brookings.edu/dybdocroot/gs/brown/20031001.pdf>.

John Coleman, The Benefits of Campaign Spending, CATO Briefing Paper Nr. 84, CATO Institute, Washington, DC, 2003. Onlineversion: <http://www.cato.org/pubs/briefs/bp84.pdf>.

William Frey, Metropolitan Magnets for International and Domestic Migrants, Washington, DC, Brookings Institution Center for Urban and Metropolitan Policy, 2003. Onlineversion: http://www.brookings.edu/dybdocroot/es/urban/publications/200310_Frey.pdf.

Stephen Fuller, Federal Spending, Especially on Security, Kept Washington Economy Growing in 2002, Washington, DC, The Brookings Institution, 2003. Onlineversion: <http://www.brookings.edu/ES/urban/gwrp/Publinks/2003/fedspending.pdf>

Brian Gill und Steven Schlossman, A Nation at Rest: The American Way of Homework, Educational Evaluation and Policy Analysis Vol. 25, Nr. 3), Herbst 2003. (erscheint am 12. November).

Marina Ottaway und Thomas Carothers, The Right Road to Sovereignty in Iraq, Policy Brief Nr. 27, Washington, DC, CEIP, 2003. Onlineversion: http://www.ceip.org/files/publications/documents/Policybrief27_000.pdf.

Pew Global Attitudes Project, Views of a Changing World June 2003, Washington, DC, The Pew Research Center For The People & The Press, 2003, Onlineversion: <http://people-press.org/reports/pdf/185.pdf>.

Roland Sturm, Increases in Clinically Severe Obesity in the United States, 1986-2000, Washington, DC, RAND Health, 2003. Onlineversion: <http://archinte.ama-assn.org/cgi/content/full/163/18/2146>.

James Swanson (Hrsg.), CATO Supreme Court Review: 2002-2003, Washington, DC, CATO, 2003, 292S., \$ 15.

Think Tanks im Internet

American Enterprise Institute for Public Policy Research (AEI): www.aei.org

The Brookings Institution: www.brookings.edu

Carnegie Endowment for International Peace: [www. ceip.org](http://www.ceip.org)

CATO Institute: www.cato.org

Center for American Progress: <http://www.centerforamericanprogress.org>

Center for National Policy (CNP): <http://www.cnponline.org>

Center for Strategic and International Studies (CSIS): www.csis.org

Center on Budget and Policy Priorities: www.cbpp.org

The Century Foundation: www.tcf.org

The Heritage Foundation: [www. heritage.org](http://www.heritage.org)

Hoover Institution: <http://www-hoover.stanford.edu>

Institute for International Economics (IIE): www.iie.org

James A. Baker III Institute for Public Policy: <http://bakerinstitute.org>

The New America Foundation: www.newamerica.net

Pew Research Center For The People & The Press: www.people-press.org

RAND Europe: <http://www.rand.org/randeurope>

RAND Corporation: www.rand.org

RAND Qatar: www.qf.org.qa

Konrad-Adenauer-Stiftung im Internet

Konrad-Adenauer-Stiftung: www.kas.de

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington: www.kasusa.org

KAS-Portal für den euro-atlantischen Dialog: www.Transatlantik-Netz.de



Franz-Josef Reuter / Kristin Vorpahl

Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung

Außenstelle Washington

Washington am 22. Oktober 2003